

Medienmitteilung

Aus der Sitzung der glp-Fraktion Basel-Stadt

Thema

Kantonale Initiative «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!» und Gegenvorschlag für ein Gesetz über die Wohnraumförderung

Für Rückfragen

Dieter Werthemann, Grossrat, Tel. 079 335 54 05
David Wüest-Rudin, Präsident, Tel. 079 517 21 17

Absender

Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 261 17 12, Postfach, 4001
Basel
bs@grunliberale.ch
www.bs.grunliberale.ch

Datum

5. Juni 2013

Die Grünliberale Fraktion Basel-Stadt teilt die Empfehlung des Regierungsrates, die Initiative «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!» abzulehnen und den von der Bau- und Raumplanungskommission formulierte Gegenvorschlag eines neuen Wohnraumförderungsgesetzes zu unterstützen. Die Fraktion freut sich, dass der Grosse Rat heute in diesem Sinn entschieden hat. Mit dem Gegenvorschlag ist ein von links bis rechts tragfähiger Kompromiss gefunden worden. Die Fraktion geht aufgrund des Ergebnisses davon aus, dass sich auch die SP bei der Volksabstimmung für den Gegenvorschlag und gegen die Initiative stark machen wird.

Die Initiative «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!» geht der Grünliberalen Fraktion Basel-Stadt deutlich zu weit: Sie greift zu stark in den Wohnungsmarkt ein und ist in der Konsequenz wettbewerbsverzerrend. Es besteht kein Anlass für solche massiven staatlichen Eingriffe. Bei der geforderten Ausweitung der Objekthilfe besteht das Risiko, dass ein erheblicher finanzieller und bürokratischer Aufwand betrieben werden müsste. Zudem zeigen negative Erfahrungen im Ausland, dass Sonderzonen mit sozialem Wohnungsbau keine Lösung darstellen. Gewisse Anliegen der Initiative sind ausserdem bereits erfüllt: Es besteht heute ein ausgebautes System von Mietzinszuschüssen für Familien und Kinder. Auch der Schutz bestehenden Wohnraums ist ausreichend – nach Meinung der Kommissionsmehrheit sogar übermässig gewährleistet.

Der Grünliberalen Fraktion Basel-Stadt ist es ein Anliegen, mittelständische Familien im Kanton Basel-Stadt halten zu können. Darum ist es wichtig, ein genügendes Angebot an für den Mittelstand zahlbaren und attraktiven 4- und 5-Zimmerwohnungen in der Stadt zu haben. Die Grünliberale Fraktion Basel-Stadt erachtet deshalb die Idee des gemeinnützigen Wohnungsbaus als sinnvoll und wichtig. Sie unterstützt darum den Gegenvorschlag eines neuen Wohnraumförderungsgesetzes (WRFG), der in seiner Umsetzung deutlich realistischer ist als die Initiative. Er zielt einerseits auf die Massnahme ab, gemeinnützigen Wohnungsbau wieder verstärkt zu fördern. Andererseits sieht er vor allem vor, die Erstellung von neuem sowie die Sanierungen von bestehendem Wohnraum durch eine Lockerung der gesetzlichen Vorgaben – heute im Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern (GAZW) festgehalten – zu begünstigen. Die Grünliberale Fraktion Basel-Stadt befürwortet die vorgeschlagene Überführung des GAZW ins WRFG.